

# „Wildes Geschrei im Bundestag“

**Politik** Die Linken bringen Thorsten Frei auf die Palme. Der Abgeordnete von hier müht sich redlich, dem Volk die „Bundesnotbremse“ schmackhaft zu machen. Die massive Kritik an der Schärfung des Bundesinfektionsschutzgesetzes bleibt aber nicht ohne Reaktion.

Als „Freibrief“ für die Bundesregierung kritisierte die Opposition vergangene Woche die Nachbesserung des Bundesinfektionsschutzgesetzes. Wer die Bundestagsdebatte verfolgte, konnte den Eindruck gewinnen, dass dieser „Freibrief“ ein „Frei-Brief“ gewesen sein könnte.

Tatsächlich hat Jurist Thorsten Frei zwar keinen solchen verfasst, aber in seiner Funktion an der Fraktionsspitze federführend am Entwurf der „Bundesnotbremse“ mitgewirkt. Entsprechend vehement verteidigte er das Regierungshandeln dann auch im Parlament. Das muss er natürlich auch als Unionsfraktions-Vize, gerade in Zeiten, wo sich CDU und CSU selbst zerlegen. Dabei machten nicht nur die Kanzler-Rivalen Laschet und Söder Schlagzeilen, sondern auch der Mann aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis. „Wildes Geschrei im Bundestag“ betitelte der Mediendienst „Bild live“ einen heftigen Schlagabtausch Freis mit Politikern der Linken-Fraktion, die seiner Union in markigen Worten vorhielten, Wirtschaftsverbänden in den Hintern zu kriechen...

## Denkwürdige Rede

Es war die bislang denkwürdigste Rede, die Frei im Parlament gehalten hat – und der Mann steht als führendes Mitglied der Fraktion zwischenzeitlich ja sehr häufig am Rednerpult. Im Zuge der hitzigen Debatte schien der parlamentarische Geist von Strauß und Wehner durch den Bundestag zu schweben; es ging heftig zur Sache. Linken-Fraktionsgeschäftsführer Jan Korte zeigte dem erzürnten Thorsten Frei den „Scheibenwischer“. Und der Mann aus dem Schwarzwald bündelte die Argumente der Oppositionellen daraufhin kernig ab: „Falsch bleibt falsch!“

Frei auf 180 – das sieht man selten vom ehemaligen Donauschinger OB und CDU-Kreisvorsitzenden. Üblicherweise gibt



Als Unionsfraktions-Vize verteidigte Thorsten Frei, der Bundestagsabgeordnete von hier, rustikal die nicht nur in der Politik höchst umstrittene „Bundesnotbremse“. Der Linke Jan Korte (Bild rechts, vorne) zeigt Frei den „Scheibenwischer“, um zu zeigen, was er von den Ausführungen des Christdemokraten hält, dahinter Fraktionschef Dietmar Bartsch. Screenshots: Bild live

er den Moderator; seit er an der Fraktionsspitze einen einflussreichen Posten inne hat mehr denn je. Rhetorisch war Frei schon immer geschmeidig; als Berufspolitiker ist er um verbindliche Worte so gut wie nie verlegen und weiß, wie man bei einem kritischen Thema Klippen umschiff.

„Am Ende wird es einen Kanzlerkandidaten geben.“

Doch wie geht das in der unseligen K-Frage? Als treuer Unions-Palladin schreckte Frei wie schon in den Tagen zuvor auch gestern nicht vor Plattitüden zurück: „Am Ende wird es einen Kanzlerkandidaten geben“, ließ er wissen. Frei nach Frei heißt das: Besser mal wieder nichts sagen als das Falsche. Denn: Falsch

bleibt ja falsch... Und wer will schon was Falsches gesagt haben, wenn am Ende der Falsche Kanzlerkandidat respektive Kanzler werden sollte?

Frei ist Frei; wirklich frei ist aber, wer selbst nichts zu verlieren hat. Wie die beiden VS-Comedians Thomas Moser und Michael Schopfer. Als selbst ernannte Botschafter gesunden Volksempfindens haben sie sich in einem Leserbrief in der NECKARQUELLE bezüglich des Kanzler-Klüngels in der Union Luft verschafft: „Politik ist und bleibt die größte Hurerei! Dies wurde in der letzten Woche durch Ihre Partei, Herr Frei, eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“

Statt um ihren Kanzlerkandidaten zu streiten sollte die CDU, meinen die beiden, lieber ihre „miserable Pandemienpolitik“ verbessern, um beim Bürger nicht auch noch den letzten Rest

an Glaubwürdigkeit zu verspielen. So klingt der Volksmund. In Thorsten Freis Abgeordnetenbüro indes hat man gleich nach der hitzigen Redeschlacht des Chefs mit den Linken im Bundestag das Thema „Bundesnotbremse“ in einem gefällig formulierten Presstext glatt gebügelt. Von der „schwierigsten Phase der Pandemie“ ist darin die Rede, und von „Hilferufen von den Intensivstationen“.

Zwischen den Zeilen strapaziert man das Motiv der Angst vor einer Infektion, um dem mehr oder weniger geneigten Leser zu erklären, warum er abends nach Neun nicht mehr vor die Tür gehen soll.

Irritierend: Frei argumentiert mit guten Erfahrungen, die man mit einer Ausgangssperre in Quebec gemacht habe. Das liegt im fernen Kanada, also am anderen Ende der Welt, scheint für Deutschland aber höchste Rele-

vanz zu besitzen: „Wir sind überzeugt, dass wir auch mit unserem Gesetz für eine bundeseinheitliche Notbremse einen wichtigen Beitrag für die Entlastung des Gesundheitssystems und der Intensivstationen leisten können.“

Keineswegs so überzeugt äußert sich die FDP-Bundestagsfraktion. „Pauschale Ausgangsbeschränkungen lehnen wir strikt ab“, erklärt der hiesige FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Marcel Klinge. Sie seien nicht nur verfassungsmäßig fraglich, sondern auch unverhältnismäßig. „Es löst ja kein Infektionsrisiko aus, wenn jemand nach 21 Uhr noch frische Luft schnappt“, meint Klinge.

## Massive Kritik wirkt

Auch das Argument, Menschen würden sich durch private abendliche Treffen häufig infizieren, sei damit nicht vom Tisch. „Die meisten Menschen leben seit Monaten sehr verantwortungsvoll und halten die Regeln ein. Wer ausschert, der findet auch weiterhin Umgehungsstrategien.“

Die massive Kritik von allen Seiten blieb nicht ohne Wirkung. Die Spitzen der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD einigten sich gestern Medienberichten zufolge auf Änderungen am Infektionsschutzgesetz – demnach soll die Ausgangssper-



re nun erst ab 22 Uhr greifen. Bis 24 Uhr soll zudem erlaubt werden, dass Einzelpersonen auch ohne Hund draußen spazieren gehen und joggen. Und das also, obwohl es in Quebec so gut geklappt hat... rat